

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 5

Ersteinst. Sonntag. Zugpreis vierteljährlich 150.— M. ohne Postgebühren. Zur Postbezugs-Befreiung bei allen Postämtern.

Berlin, den 28. Januar 1923

Verlagsschleier: Berlin C. 2, Breitenstr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 5. Wochenbeitrag für 1923 fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Um unsere Mitglieder vor unnötigen Verlusten zu bewahren, ersuchen wir sie, ihre Beitragsmarken des Offiziers daraufhin zu prüfen, daß sie fest im Mitgliedsbuch oder der Karte haften. Wo das nicht der Fall ist, liebe man sie nach. ... ..

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Höhe der Beiträge ist nach den Beschlüssen des Verbandstags und des Beirats den jeweiligen Stundenlöhnen anzugleichen. Nach jeder erfolgten Neuregelung der reichsstarifischen Löhne soll auch eine erhöhte Beitragsleistung der Mitglieder eintreten.

Unter Zugrundelegung der für die zweite Hälfte des Monats Januar geltenden neuen Lohnsätze muß daher von der 6. Beitragswoche ab — das ist die Woche vom 4. bis 10. Februar — dem höheren Verdienst entsprechend, ein Aufrüden aller Mitglieder in höhere Beitragsklassen erfolgen.

Die Gau- und Ortsverwaltungen haben nun, entsprechend den in den Reichstarifen für den Ort festgelegten Lohnsätzen, bestimmte Beitragsklassen für männliche und für weibliche Mitglieder festzusetzen, die dann für alle Mitglieder am Ort maßgebend sein müssen. Allen Mitgliedern steht es jedoch frei, in eine höhere Klasse zu steuern. Für solche Mitglieder, die in der Regel einen höheren als den für den Ort geltenden tariflichen Lohn erzielen (Aktordarbeiter), sind an jedem Ort eine oder zwei über diesen Lohnsatz hinausgehende höhere Beitragsklassen zu bestimmen.

Für alle Mitglieder, die entsprechend dieser Bestimmungen ständig in die nach ihrem Verdienst für sie zuständige Beitragsklasse steuern, werden nach jedem Aufrüden alle bisher geleisteten Beiträge ohne Umrechnung als solche der neuen höheren Klasse angerechnet. Für solche Mitglieder jedoch, die ihre Beiträge in einer niedrigeren als dem Verdienst nach für sie zuständigen Beitragsklasse zahlen, sind nach jedem Aufrüden die Bestimmungen des § 8 des Statuts und des § 3 der Ausführungsbestimmungen zum Statut in Anwendung zu bringen.

2. In der Beitragsleistung für die Invalidenunterstützung tritt eine Minderung nicht ein. Für alle von der neunten Klasse an aufwärts steuernden Mitglieder ist diese obligatorisch, wofür je 15 M. in den Beitragsätzen eingerechnet sind.

Den weiblichen Mitgliedern der 6., 7. und 8. Beitragsklasse ist es freigestellt, neben dem Verbandsbeitrag noch einen wöchentlichen Beitrag von 15 M. für die Invalidenunterstützung zu leisten, wofür in besonderen Beitragsarten die dafür bestimmten Quittungsmarken einzuliefern sind.

3. Für die Berechnung der Grundlagen zum Bezug von Unterstützungen sind die in unseren diesbezüglichen Bekanntmachungen in Nr. 52 und in Nr. 1 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Ubergangsbestimmungen zu beachten. Dabei ist aber zu beachten, daß selbstverständlich nie Unterstützung in einer höheren Klasse bezogen werden kann, als nach den

Sätzen derjenigen Beitragsklasse, in die das betreffende Mitglied den letzten Beitrag zahlte.

Erst wenn nach dem 1. Januar mindestens acht neue Beiträge geleistet sind, ist bei eintretendem Unterstützungsfall die Höhe der Unterstützung nach den Sätzen derjenigen Beitragsklasse zu berechnen, in die das betreffende Mitglied vor dem zuletzt erfolgten Aufrüden steuerte.

4. Quittungsmarken kommen vorläufig bis zur 20. Beitragsklasse zur Ausgabe. Die seit dem 1. Januar im Gebrauch befindlichen Marken sind weiter zu verwenden. Wir ersuchen die Gau- und Ortsverwaltungen, uns umgehend ihren weiteren Bedarf an Quittungsmarken mitzuteilen. Allen denjenigen Verwaltungen, von denen Markenbestellungen nicht spätestens bis zum 31. Januar eingehen, werden wir eine entsprechende Anzahl Marken für die 16. bis 20. Beitragsklasse zusenden.

5. Für die bereits im November 1922 ausgegebenen Extramarken für den Anti-Kriegsfonds ist von einer großen Anzahl Zahlstellen der Betrag noch nicht eingegangen. Wir ersuchen die sämigen Verwaltungen, den Betrag der Extramarken nun schnellstens einzulenden, mit dem Hinweis, daß dieser für den Anti-Kriegsfonds bestimmt ist.

6. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts ist in Leipzig der Presser Paul Proß, Buchn. 87 902.

7. Die Lokalbeiträge sind in den nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Zahlstellenverwaltungen den Mitgliedern in geeigneter Weise bekanntgegeben: Annaberg, Bernau, Dähmen, Erfurt, Erlangen, Gelsenkirchen, Gießen-Wehr, Göttingen, Jena, Kandel, Lohr, Mainz, Meissen, München, Seiffhennersdorf, Trier, Wansfried.

8. Karten zur Arbeitslosenstatistik sind im Laufe der Woche an alle Kassierer der Zahlstellen- und Gauverwaltungen gefandt worden. Stichtag für die Arbeitslosenzählung ist der 27. Januar; für die Feststellungen der Kurzarbeiter die Woche vom 21. bis 27. Januar. Wir ersuchen dringend darum, die Karten, entsprechend dem Vermerk am Kopf derselben, spätestens am 3. Februar einzusenden, um unnötige Mahnungen und Fortausgaben zu ersparen. Der Verbandsvorstand.

## Lohnabkommen in der Etuis- und Kartonnagen-Industrie.

Veranlaßt durch die außerordentliche Geldentwertung und die damit verbundene Teuerung hat der Verbandsvorstand an den Arbeitgeberverband der Etuis- und Kartonnagen-Industrie das Ersuchen gerichtet, für die letzte Woche des zurzeit gültigen Lohnabkommens eine weitere Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen. Der Arbeitgeberverband hat den Verbandsvorstand wissen lassen, daß er das Ansuchen an seine Tarifausschussmitglieder zur Entscheidung weiterzugeben habe. Wie wir erfahren, sind in einzelnen Orten bereits Zugeständnisse auf höheren Lohn gemacht worden.

Die Lohnverhandlungen für den Neuabschluss des Lohnabkommens, die für den 1. Februar in Erfurt festgesetzt sind, sollen evtl. schon am 20. Januar dort beginnen.

## Die Gewerkschaften gegen die Besetzung des Ruhrkohlenbeckens.

Am 17. Januar hielt das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam eine Sitzung zur Besprechung der durch die Besetzung des Ruhrgebiets geschaffenen Lage ab. Bureaumitglieder der bei der Besetzung hauptsächlich in Frage kommenden und in Mitteleuropa gezogenen Länder berichteten über die in ihren Ländern abgehaltenen Beratungen der Gewerkschaftszentralen. Das Bureau nahm ferner die Ansichten der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Bergarbeiter und Metallarbeiter über die Möglichkeit zur Kenntnis, durch eine wirksame Aktion der Arbeiter gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen Protest einzulegen. Es wurde einstimmig beschlossen, sofort mit allen angeschlossenen Landeszentralen in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit eines entschiedenen Auftretens in Erwägung zu ziehen und für die zu unternehmende Aktion bereits vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erwartet, daß sich die Arbeiter aller Länder bereit halten werden, um jeden Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes und seiner angeschlossenen Organisationen Folge zu leisten, um die Beschlüsse der Kongresse von Rom und dem Haag, wenn nötig, in Taten umzusetzen. Gleichzeitig warnt jedoch das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die Arbeiter vor jedem von anderer Seite kommenden Versuch, sie in unüberlegte und unvorbereitete Abenteuer zu stürzen. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes fordert die deutschen Arbeiter im besonderen dringend auf, sich nicht zu nationalen und chauvinistischen Agitationen mißbrauchen zu lassen.

Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten.

Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere die nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französisch-belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten und nach Freigabe der ökonomisch verhafteten Werkleitungen und Beamten.

Wir fordern die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden föhrenden Eingriff der feindlichen Militärmacht in das deutsche Wirtschaftsgetriebe.

Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und — so glauben wir — mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sichern wir den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gesahrvollen Kampfe nachhaltigste Unterstützung zu.

Berlin, 22. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Deutscher Gewerkschaftsbund.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Deutscher Beamtenbund.

# Abkommen

## betreffend den Reichslohntarifvertrag für das deutsche Buchbinder- und verwandte Berufszweige. Abgeschlossen am 18. Januar 1923 in Berlin.

- Die reichstaxtariflichen Stundenlöhne werden für die Zeit vom 18. Januar bis zum 14. Februar 1923 einschließlich wie untenstehend aufgeführt erhöht.
- Die Zulagen können den Affordarbeitnehmern auch als feste Zulagen gegeben werden.
- Die Befähigungs- und Industriezulagen bleiben in Höhe der bisherigen Beträge bestehen.
- Die nächsten Verhandlungen finden am 9. Februar 1923 in Weimar statt.

### Affordarbeit.

Der prozentuale Zuschlag zu den im Reichsaffordtarif festgelegten Grundlöhnen beträgt vom 18. bis 31. Januar 1923 60 Prozent, vom 1. bis 14. Februar 12 2/3 Prozent.

### Zum Zusatzvertrag für Buchdruckereien. \*)

Die seitherigen besonderen Lohnabkommen zum Zusatzvertrag für die Buchdruckereien kommen in Kraft. Die Entlohnung der in Buchdruckereien beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen erfolgt jetzt ebenfalls nach dem Lohnsatz für die Buchbinderzeilen usw.

\*) Für Berlin gelten besondere Bestimmungen.

## Zum Lohnsatz für Buchbindereien, Buchdruckereien, Geschäftsbüchereifabriken und verwandte Betriebe.

Die ab 18. Januar und ab 1. Februar zu zahlenden tariflichen Stundenlöhne betragen:

I. Lebige Gesellen:	ab	Drittklasse					
		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.
a) Im 1. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	270,—	261,—	245,50	232,50	225,50	214,—
	1. 2.	325,—	314,50	297,50	283,—	274,50	261,—
b) Im 2. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	337,—	323,—	307,50	294,50	280,50	267,—
	1. 2.	398,—	382,50	365,—	350,50	334,50	319,—
c) Im 3. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	368,50	355,—	339,—	327,—	311,—	296,—
	1. 2.	433,50	418,50	401,—	387,—	369,—	352,—
d) Im 4. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	391,50	380,—	364,—	349,—	335,—	316,50
	1. 2.	461,—	447,50	429,50	412,50	396,50	376,—
e) Nach dem 4. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	421,50	407,50	390,—	376,—	360,—	340,—
	1. 2.	492,50	476,50	457,—	440,—	423,—	401,—
f) Nach dem 4. Gehilfenjahr und über 24 Jahre . . . . .	18. 1.	451,50	435,—	419,—	401,50	387,50	366,50
	1. 2.	522,50	504,—	486,—	465,50	450,50	427,50
<b>II. Verheiratete Gesellen:</b>							
a) Im 3. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	426,50	415,—	396,50	379,—	363,—	344,50
	1. 2.	494,50	481,—	460,50	441,—	423,—	402,50
b) Im 4. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	433,50	419,50	402,—	388,—	369,50	351,—
	1. 2.	503,—	487,—	467,50	451,50	431,—	410,50
c) Nach dem 4. Gehilfenjahr . . . . .	18. 1.	456,—	442,—	427,—	411,—	392,—	371,50
	1. 2.	527,—	511,—	494,—	476,—	455,—	432,50
d) Nach dem 4. Gehilfenjahr und über 24 Jahre . . . . .	18. 1.	476,50	462,—	443,—	427,—	407,50	386,50
	1. 2.	551,50	535,—	514,—	496,—	474,50	451,50

III. Arbeiterinnen:	ab	Drittklasse					
		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.	V. Kl.	VI. Kl.
<b>1. Unter 16 Jahren:</b>							
a) Im 1. Berufsjahr . . . . .	18. 1.	129,—	122,50	115,—	110,—	103,50	98,50
	1. 2.	149,—	142,—	134,—	128,50	121,50	116,—
b) Im 2. Berufsjahr . . . . .	18. 1.	162,50	147,50	139,—	127,50	122,50	116,50
	1. 2.	187,50	171,50	162,—	149,50	143,50	136,50
<b>2. Ungeübte über 16 Jahre:</b>							
a) Im 1. Halbjahr . . . . .	18. 1.	160,—	145,50	136,50	126,50	120,—	114,—
	1. 2.	185,—	169,50	159,50	148,50	141,—	134,—
b) Im 2. Halbjahr . . . . .	18. 1.	197,50	182,—	169,50	163,—	155,50	142,50
	1. 2.	232,50	216,—	202,50	195,—	186,50	172,50
<b>3. Arbeiterinnen über 16 Jahre, die mindestens 1 Jahr in gleichartigen Betrieben tätig waren, gelernt als geübte und erhalten:</b>							
a) Im 1. Jahr in dieser Gruppe . . . . .	18. 1.	226,50	210,50	196,—	190,—	175,50	168,50
	1. 2.	267,—	250,—	234,—	227,—	211,50	203,50
b) Im 2. Jahr in dieser Gruppe . . . . .	18. 1.	253,50	233,50	223,—	212,50	202,50	190,50
	1. 2.	298,50	277,—	265,50	254,—	243,—	229,50
c) Nach dem 2. Jahr . . . . .	18. 1.	285,—	275,50	260,—	252,—	240,50	228,50
	1. 2.	331,—	320,—	303,50	294,50	282,—	268,50

## Zum Lohnsatz für die Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

Die ab 18. Januar und ab 1. Februar zu zahlenden tariflichen Stundenlöhne betragen:

I. Ungeleitete Facharbeiter:	ab	Drittklasse			
		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
<b>1. Lebige Arbeiter:</b>					
a) Im Alter von 17 bis 19 Jahren . . . . .	18. 1.	260,50	260,50	243,50	234,—
	1. 2.	310,—	300,—	281,50	271,—
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren . . . . .	18. 1.	322,—	309,50	293,—	282,50
	1. 2.	377,—	363,—	345,—	333,—
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren . . . . .	18. 1.	374,—	357,50	342,50	329,50
	1. 2.	435,—	417,—	400,—	385,50
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren . . . . .	18. 1.	405,—	388,50	373,50	359,—
	1. 2.	472,50	453,50	437,—	420,50
e) Im Alter von über 24 Jahren . . . . .	18. 1.	443,50	425,—	409,—	393,—
	1. 2.	516,50	492,—	473,—	455,—
<b>2. Verheiratete Arbeiter:</b>					
b) Im Alter von 19 bis 20 Jahren . . . . .	18. 1.	420,—	404,50	384,—	373,—
	1. 2.	487,50	470,—	447,50	434,50
c) Im Alter von 20 bis 21 Jahren . . . . .	18. 1.	424,50	408,50	389,50	378,—
	1. 2.	492,50	474,50	453,50	440,—
d) Im Alter von 21 bis 24 Jahren . . . . .	18. 1.	456,—	435,50	420,50	401,50
	1. 2.	527,—	502,50	484,50	468,50
e) Im Alter von über 24 Jahren . . . . .	18. 1.	476,50	454,50	436,—	420,50
	1. 2.	551,50	524,50	503,—	485,50

II. Ungeleitete Arbeiter:	ab	Drittklasse			
		I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
a) Im Alter von 14 bis 16 Jahren . . . . .	18. 1.	160,—	149,—	138,—	127,50
	1. 2.	185,—	173,—	162,—	149,50
b) Im Alter von 16 bis 18 Jahren . . . . .	18. 1.	197,50	186,50	174,—	165,—
	1. 2.	232,50	220,50	207,—	197,—
c) Im Alter von 18 bis 19 Jahren . . . . .	18. 1.	237,50	226,—	213,50	205,—
	1. 2.	275,50	263,—	249,—	239,50
d) Im Alter von 19 bis 20 Jahren . . . . .	18. 1.	276,—	267,—	252,50	241,—
	1. 2.	316,50	306,50	290,50	278,—
e) Im Alter von 20 bis 21 Jahren . . . . .	18. 1.	311,—	300,50	287,—	279,50
	1. 2.	357,—	345,—	330,50	322,—
f) Im Alter von über 21 Jahren . . . . .	18. 1.	345,50	334,50	322,—	310,—
	1. 2.	400,50	388,—	374,—	360,50
g) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb . . . . .	18. 1.	374,—	362,—	347,—	334,—
	1. 2.	435,—	421,50	404,50	390,—
h) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb . . . . .	18. 1.	403,—	389,50	374,—	363,—
	1. 2.	468,—	453,—	436,—	418,—
<b>2. Verheiratete Arbeiter:</b>					
a) Im Alter von 19 bis 20 Jahren . . . . .	18. 1.	393,—	381,50	366,—	353,—
	1. 2.	468,—	442,—	424,50	410,—
b) Im Alter von 20 bis 21 Jahren . . . . .	18. 1.	404,—	389,50	374,—	363,—
	1. 2.	469,—	453,—	436,—	418,—
c) Im Alter von über 21 Jahren . . . . .	18. 1.	407,—	394,50	377,—	361,—
	1. 2.	472,50	458,50	439,50	421,50
d) Im Alter von über 21 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb . . . . .	18. 1.	422,—	406,50	395,50	376,50
	1. 2.	489,50	472,—	459,—	438,—
e) Im Alter von über 24 Jahren und 1 Jahr in demselben Betrieb . . . . .	18. 1.	433,50	422,—	405,50	390,—
	1. 2.	503,—	489,50	471,—	453,50

### Unsere Lohnverhandlungen

mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen („Api“) konnten diesmal schneller zu Ende geführt werden als sonst. Am Abend des für die Verhandlungen bestimmten 18. Januar lag der Hauptteil des neuen Lohnabkommens bereits fest, nur die für die Briefumschlagbranche festzulegenden Lohnsätze wurden am folgenden Tage errechnet. Aus der verhältnismäßigen Kürze der Verhandlungen ist nicht zu schließen, daß sie weniger kompliziert und

harmnädig geführt wurden als sonst. Viel eher könnte ein aufmerksamer Beobachter das Gegenteil aus ihren Einzelheiten schließen. Was zuletzt eine Beschleunigung bewirkte, war zweifellos die Erkenntnis auf der Unternehmerseite, daß eine übertriebene Zurückhaltung doch nicht zu dem gewünschten Ziele führen würde. Die von Unternehmerseite ausgesprochene Anerkennung der schwierigen Lage der Arbeiterschaft, vor allem deren Verschärfung in den letzten Tagen, bewirkte, daß von einer Plenarverhandlung abgesehen werden konnte. Beiden Parteien war daran

gelegen, unter Beachtung der entstehenden großen Kosten möglichst schnell zu einer Verständigung zu kommen. Auf einen Vorschlag der Unternehmer hin erklärte daraus unser ein Sparmaßregeln in seiner Stärke etwas eingeschränkter Tarifausgleich sein Einverständnis, daß sofort in eine Kommissionsberatung über unsere aufgestellte Forderungen eingetreten werde. Die Forderungen beliefen sich auf eine Lohnerbhöhung für Männer von 200 M. und für Arbeiterinnen von 150 M. in der Spitze. Der Abschluß sollte auf 14 Tage, längstens drei Wochen

erfolgen. Besonders Gewicht wurde auf eine bessere Berücksichtigung der jüngeren Altersklassen gelegt, sowie auf eine zurechtere Regelung der Befähigungszulage, die durch die Aktionen der französischen Regierung in Westdeutschland besonders bremsend geworden ist. Außerdem war eine anderweitige Regelung der Spiegelarbeiter-Zulage gefordert worden. Die Frage der Befähigungszulage wurde in einer besonderen Kommission, die sich in der Hauptsache aus Vertretern der von der Befähigung betroffenen Gebiete zusammensetzte, überwiesen.

Die Kommission zur Regelung der Lohnfrage ging nach einer kurzen Begründung unserer Forderungen durch den Kollegen Wienick direkt auf das Ziel los, möglichst bald zu einer Verständigung zu kommen. Die Hauptschwierigkeiten bot die beantragte Dauer des neuen Abkommens. Ein vierzehntägiger Abschluß wurde von den Unternehmern von vornherein abgelehnt und als Begründung für diese ablehnende Haltung die durch solche kurze Lohnperioden entstehenden Schwierigkeiten in der Kalkulation usw. angegeben. Ziemlich schnell kamen die Unternehmer mit ihrem Angebot heraus, für die zweite Hälfte des Januar als Zulage die Summe zu geben, die im Buchdruck gegeben wird. Das waren circa 61 M. pro Stunde. Darüber hinaus wollten für die ersten beiden Wochen im Februar nochmals 61 M. pro Stunde gezahlt werden. Diesem Angebot konnte unser Tarifausschuß nicht folgen. Nach wie vor hielt er an einem Dreiwochenabschluß fest, und um diesen zu erreichen, ermäßigte er seine Forderung auf 150 Mark pro Stunde für diese drei Wochen. Eine Sonderberatung der Unternehmer brachte zwar die Verhandlungen nicht weiter, zitierte aber den Vorschlag, von jeder Seite ein Dreimännertollegium zu benennen, die — in dauernder Fühlung mit ihren Mandanten bleibend — die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen sollten. Dieser engere Kreis befaßte sich mit einem weiteren Vorschlag der Unternehmer, der für die ersten beiden Wochen 75 M. pro Stunde und für weitere zwei Wochen nochmals 75 M. pro Stunde anbot. Dabei wurde in zweifelsfreier Weise zum Ausdruck gebracht, daß die erste Zulage keinesfalls höher sein könnte, weil im Buchdruck für die zweite Jahreshälfte nur 61 M. Spitzenzulage gezahlt werde. Hervorgehoben wurde, daß den sogenannten gemischten Betrieben nicht zugemutet werden könnte, dem Buchbinderpersonal so sehr viel höhere Löhne zu zahlen wie dem Druckerpersonal. Dieser Argumentation, die von unserm Tarifausschuß erwartet werden war, vermochte er allerdings nicht zu folgen, da für ihn der Abschluß im Buchdruck ganz unmöglich die unübersteigbare Barrikade sein konnte, die die Unternehmer in ihm sehen. Auch die allgemeine Selbständigkeit unseres Verbandes und Gewerbes zwang zur Ablehnung der Unternehmerargumente, zumal es scheinen wollte, daß die Unternehmer den Abschluß im Buchdruck als das Mittel ansahen, auch unsere Löhne niedrig zu halten. Dieser Mühe bedurfte es, um sie zu einem Aufgeben ihrer Haltung zu bewegen, was zuerst zum Ausdruck kam durch eine von ihnen angebotene Erhöhung der ersten Rate auf 80 M. Auch damit konnte bei der jetzigen Lage unserer Kollegenschaft nicht gebient sein. Nach weiteren gegenseitigen Sonderverhandlungen gestanden dann die Unternehmer in der Spitze für die ersten zwei Wochen 100 M. pro Stunde, für die nächsten zwei Wochen weitere 75 M. pro Stunde zu. Unserm Tarifausschuß ersah aus diesem letzte Angebot der Unternehmer als kaum ausreichend, er stimmte ihm jedoch — nicht leichten Herzens — zu in Anerkennung der Tatsache, daß die Unternehmer zuzugestehen, in eine Überprüfung der Sachlage einzutreten, falls die Forderung weiter solche Fortschritte macht, daß die zweite Rate nicht haltbar sein sollte. Zum Ausdruck kommt diese Zusage auch darin, daß die neuen Verhandlungen bereits für den 9. Februar angesetzt sind. Eine Besserung der Entlohnung unserer jungen Kollegen ist diesmal erreicht worden, sie erhalten in der jüngsten Klasse 70 Proz. der auf den Spitzenlohn entfallenden Zulagen. Auch für die Arbeiterinnen ist eine Besserung zu verzeichnen. Sie erhalten jetzt 60 Proz. des Spitzenlohnes der verheirateten oder 63 Proz. des Spitzenlohnes der ledigen Gehilfen.

Die Forderung auf eine zeitgemäße Regelung der Spiegelarbeiterzulagen konnte diesmal nicht durchgesetzt werden. Schwierigkeiten entstanden noch bei der Regelung der Sonderbestimmung für die in Buchdruckereien

beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen. Der Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins erklärte, daß diese Sonderbestimmung jetzt fallen müsse, andernfalls könne der Deutsche Buchdruckerverein das Abkommen nicht anerkennen. Er sagte aber ausdrücklich zu, daß eine Benachteiligung der in Betracht kommenden Arbeiterinnengruppe nicht eintreten, namentlich, daß keine der Arbeiterinnen durch die Aufhebung der Sonderbestimmung in eine tiefere Lohnstufe rücken sollte. Eine diesbezügliche Mitteilung wird in der Unternehmerrichtschrift erscheinen.

Die Kommission zur Klärung der Frage der Befähigungszulage kam zu einer Verständigung nicht. Beschlossen wurde, bei den nächsten Verhandlungen diese Frage erneut mit an erster Stelle zu behandeln und beiden Parteien wurde aufgegeben, sich mit entsprechendem Material zu versehen. Unsere Mitglieder und Verwaltungen in Orten des bestetzten Gebietes ersuchen wir auch an dieser Stelle, ihr zuständiges Tarifausschuhmitglied mit den notwendigen Unterlagen zu versehen, wenn den Forderungen und Wünschen der einzelnen Orte Rechnung getragen werden soll. Das materielle Ergebnis unserer Verhandlungen bringen wir an anderer Stelle dieser Nummer.

### Kampf der Reaktion.

Das vergangene Jahr ist verflohen im Zeichen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion und des Rückgangs. In der politischen Sphäre: Verherrlichung der Gewalt, Imperialismus auf Kosten kleiner oder ohnmächtiger Völker, militärische Vorbereitungen, neue Rüstungen, Herstellung von Gift- und Gasbomben zum Gebrauch in künftigen Kriegen — ein neuer Ausbruch des imperialistischen Gedankens und der Befinnung. An der Spitze marschiert der französische Imperialismus, der in erster Linie auf Deutschlands Zertrümmerung und Vernichtung ausgeht, außerdem aber die Oberherrschaft in Europa anstrebt. England unterdrückt die Freiheitsbestrebungen in Indien, Ägypten und Mesopotamien mit alten und neuen Mitteln der Gewalt. Das faschistische Italien rüstet sich zu imperialistischen Abenteuern. Die tiefe Sehnsucht der Völker nach friedlichem Zusammenleben untereinander wird mißachtet und vergewaltigt. Der Völkerverbund, der als Instrument des Friedens gedacht war, wird von den Gewalttätigen zur Ohnmacht verurteilt, er konnte vorläufig kaum etwas für die Völkerverbündung erreichen. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz hat zwar eine gewisse Einschränkung der Rüstungen auf See erreicht, doch wurde sie nicht vom Geiste der Völkerverbündung getragen, sie diente nur finanziellen Zwecken, Sparmaßnahmen; im übrigen sind ihre Beschlüsse noch nicht einmal ratifiziert. So zeigt das politische Bild alle Zeichen der Verworfenheit. Es hat sich gezeigt, daß die Politik das Leben der Völker entscheidend beeinflusst, daß innere und äußere Politik untrennbar ineinander verflochten sind, da sich die innerpolitischen Machtverhältnisse auf die Gestaltung der äußeren Politik entscheidend auswirken, also vom Besteh der politischen Macht das Schicksal der Völker in erster Linie abhängt.

Der politischen Reaktion entspricht die wirtschaftliche, beide Sphären sind von denselben Klassen und Interessen beherrscht. Auch hier kann also vom friedlichen Zusammenleben der Völker nicht die Rede sein. An Stelle des freien Verkehrs finden wir überall, und zwar über die Zwangslage einzelner Länder weit hinausgehend, Absperrung, Erschwernungen und Hindernisse des Verkehrs. In der auswärtigen Wirtschaftspolitik sind wiederum und mehr als zuvor die Fragen der Konzessionen, Petroleumfrage und ähnliche kapitalistische Interessen ausschlaggebend. Die Balutakrise hat das ganze Wirtschaftsleben wie eine ansteckende Krankheit befallen. Sie hätte nur durch ein Zusammenwirken sämtlicher Völker beseitigt werden können. Doch geschah auch auf diesem Gebiet, trotz vieler Konferenzen und Empfehlungen, die auf ihnen ausgearbeitet wurden, nichts, was eine Besserung hätte herbeiführen können. Der nackte wirtschaftliche Egoismus auf kurze Sicht, der seine unmittelbaren Interessen der zukünftigen Entwicklung voranstellte, war stärker als der Wille der Massen zur Gesundung. Die Balutakrise besteht weiter, und neben deren Ragnisierern leidet das Proletariat hüben und drüben darunter. Es bezahlt sie in dem einen

Band mit Arbeitslosigkeit, im anderen aber mit wirtschaftlichem und sozialem Niedergang.

Die soziale Reaktion wird von denselben Mächten getragen, die das politische und wirtschaftliche Schicksal der Völker so verhängnisvoll gestaltet haben. Diese wollen die sozialen Errungenschaften der letzten Zeiten zurückschrauben. Regierungen und Unternehmer sind in den meisten Ländern einig in diesem Kampf: Abschaffung bestehender sozialer Einrichtungen und Verweigerung der Aufstellung neuer, längst versprochener, zumeist mit dem Schlagwort der Sparsamkeit; Widerstand gegen Organisationsbestrebungen, Kampf gegen den Achtsundentag; ungenügende und vielfach menschenunwürdige Behandlung der Arbeitslosen und der Arbeitslosigkeit überhaupt, bewußte Senkung des Reallohns, Entfesselung von Streiks, um die finanzielle Widerstandschaft der Arbeiterorganisationen zu schwächen, Abbau der Arbeiterkontrolle, — diese und ähnliche Bestrebungen bilden den dunklen Hintergrund, auf dem sich das Bild der sozialen Bewegung abhebt.

Die Rolle der organisierten Arbeiterklasse in diesem Wirbel der Interessen- und Machtkämpfe war trotz mancher Verfehlungen ihrer Politik und erlittener Niederlagen eine solche, daß wir trotzdem mit Befriedigung auf die Kämpfe des vergangenen Jahres zurückblicken können. Einzig und allein die klassenbewußte Arbeiterchaft ist den hohen Zielen der Menschlichkeit und der gemeinsamen Interessen der Völker gerecht geworden. Die Kapitalisten pflegten diese Klasse immer als zerstörendes Element hinzustellen. Nun hat sich gezeigt, daß sie die einzige gesellschaftliche Klasse war, die den Wiederaufbau Europas und die Völkerverbündung gefördert hat. Sie war das einzige gesellschaftserhaltende Moment in dieser Periode des Verfalls und Unterganges. Es war die klassenbewußte Arbeiterchaft, die als erste die Forderung der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage aufgestellt hat, gegen imperialistische Abenteuer ihre Stimme erhoben, dem Krieg den Krieg erklärt, die wichtige Propaganda für die Abrüstung eingeleitet und ihre vollen Kräfte hierfür eingesetzt hat, das Ende des Balutakriegs durch weitreichende Vorschläge herbeizuführen trachtete, die internationale Regelung der Produktion, besonders der Rohstoffbewirtschaftung anregte, die Beseitigung der Hindernisse des freien Warenaustausches unter den Völkern — wenn auch ihre Follpolitik wegen ihrer Notlage nicht überall einheitlich sein konnte — im ganzen angestrebt hat. Sie war also die einzige Klasse, welche neben ihrer Idee von der zukünftigen Einrichtung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung den Forderungen des Tages gerecht wurde und die einzige, welche die Ideen der Menschlichkeit und des wahren Internationalismus hochgehalten hat.

Dies muß in einem Zeitpunkt besonders betont werden, in dem die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen und des Klassenkampfes viel an Boden verloren hat. Es sind der Bewegung Arbeitermassen entfremdet worden, welche von ihr plötzliche Aufrichtung des Taufendjährigen Reichs erwarteten, sich aber in ihren Hoffnungen getäuscht fühlten. Eine Kritik über die Kritiker des Sozialismus und des Klassenkampfes ist hier nicht am Platze. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß der Klassenkampf das einzige Mittel ist, wodurch die Klasse sich ihrer selbst bewußt wird, und bevor dies geschieht, kann sie auch ihre historische Aufgabe nicht erkennen und erfüllen. Die Tatsachen, die wir hier kurz angedeutet haben, zeigen, daß die Arbeiterklasse als solche eine hohe historische Aufgabe hat und daß sie diese trotz allem und für die Gesamtinteressen der Menschheit zu erfüllen bereit ist.

### Die Faust im Nacken.

Die Vorgänge in Westdeutschland bedrohen die Arbeiterschaft nicht nur wirtschaftlich, sondern in fast noch größerem Ausmaß auch deren ideale Bestrebungen. Die Methoden der französischen Gewaltpolitik am Rhein und an der Ruhr sind zweifacher Art: teils sind sie vermögensrechtlicher, teils staatsrechtlicher Natur.

Die Maßnahmen der ersten Gruppe bestehen entweder in der direkten Aneignung deutscher Produkte (Kohle und Holz) zur Befriedigung der

Reparationsansprüche oder in einer indirekten, vorläufigen oder verdeckten Aneignung der Produktionsmittel, Gruben, Hüttenwerke, vielleicht auch Eisenbahnen unter dem Deckmantel der sogenannten „Pfänder“. Die Maßnahmen der zweiten Art bestehen in dem Eingriff in bestimmte Rechte, die Deutschland als souveränes, seiner Hoheit über eigene Untertanen von keiner anderen Macht abhängiges Reich auch nach Versailles beibehalten hat: Steuerrecht, Zollrecht, Münzrecht. Die erste Gruppe stellt also den Eingriff eines unbefriedigten Gläubigers in das Eigentumsrecht des Schuldners dar und hat zur Folge weitere Verarmung, wachsende Not und Verschuldung, wirtschaftliche Abhängigkeit (das Angewiesensein auf fremde Kredithilfe) des Schuldners, genau so wie dies auch im privaten Verkehr der Fall ist. Die zweite Gruppe dagegen, mag sie sich auch auf wirtschaftliche Dinge beziehen, bedeutet einen Eingriff in die eigentlichen staatlichen Hoheitsrechte und hat zur Folge eine politische Abhängigkeit.

Den französischen Methoden, die zur ersten, d. h. zur vermögensrechtlichen Gruppe gehören, bringt die deutsche Arbeiterschaft ein immer klareres Bewußtsein, daher auch eine wachsende Entrüstung entgegen. Daß die Reparationspumpe sich des deutschen Staates lediglich als einer Durchgangsröhre bedient und die wirtschaftlichen Säfte aus dem Markt des gesamten Volkes ausaugt, wies ich — seitdem die Geldentwertung und der Steuerdruck fühlbar genug geworden ist — heutzutage jedermann klar, mag man noch so weit von der französischen Grenze wohnen und nie einen rheinischen Maroccaner gesehen haben. Viel weniger Aufmerksamkeit wird aber der zweiten Gruppe von Maßnahmen geschenkt, nämlich der Schwächung der deutschen Oberhoheit. Kurz: auf die politische Abhängigkeit wird viel weniger Gewicht gelegt als auf die wirtschaftliche Verarmung, weil diese wirtschaftliche Verarmung jedem einzelnen direkt fühlbar ist. Eine solche Einschränkung der beiden Gefahren entspricht aber durchaus nicht den wahren Interessen der Arbeiterschaft, gerade soweit diese auf sozialistischem Boden steht.

Die Schwächung der deutschen Finanzhoheit durch Errichtung einer fremden Finanzkontrolle, der Münzhoheit durch eventuelle Einführung der Frankenswährung, der Zollgebietseinheit durch Errichtung einer innerdeutschen Zollgrenze bedeutet eine Gefahr für die unmittelbaren gegenwärtigen Interessen der Arbeiterschaft, eine Gefahr für die Entwicklung des Kampfes um den Sozialismus. Es ist zu beachten, daß eine fremde Finanzkontrollbehörde bei der Verteilung der Steuerlast keine Rücksicht auf die Interessen der Volksmehrheit zu nehmen braucht. Vielmehr wird es ihr auf die Greifbarkeit des Steuerobjektes ankommen und dies wird gerade bei den ungerechten, die Arbeiterschaft belastenden Steuern der Fall sein. Eine fremde Währung hat auf den ersten Blick etwas Befriedigendes, wenn sie die eigene, zerrüttete ersetzen soll. Daß dies jedoch nur Schein ist, wird sofort nach der Anpassung der Lebensmittelpreise an

den Frankenkurs klar werden. Die Ruhrarbeiter werden dadurch, daß sie Frankensöhne erhalten, ebensovienig zu „Valutareichen“ wie ihre Kollegen in Nordfrankreich oder im Saargebiet. Nur solange eine gemischte Währung besteht, werden sie einen gewissen Vorteil haben, der beim Aufhören der gemischten Währung von um so drückenderem Nachteil abgelöst wird. Da zudem die französische Währung nichts weniger als stabil ist und durch die abenteuerliche Politik großen Schwankungen ausgesetzt ist, so ist das Spiel und Gegenpiel von Preis- und Lohnbewegungen auch in Frankreich wie in Deutschland vorhanden, vielleicht nur mit dem Unterschiede, daß die ungünstige Konjunktur des Arbeitsmarktes sowie die schlechtere Organisation der Arbeiterschaft die Löhne den Preisen noch viel langsamer nachhinken läßt, als es in Deutschland der Fall ist. Die Verschiedenheit der Währung, also auch der Lohn- und Preisbewegung würde die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes von der deutschen Gewerkschaftsorganisation abschneiden und der französischen — infolge der bestehenden kulturellen und traditionellen Unterschiede — kaum näher bringen. Zugleich würde der Valutaunterschied zwischen dem unbefetzten und dem besetzten Teile Deutschlands auch zu einer wirtschaftlichen Trennung der beiden Gebiete führen: der unbefetzte Teil kann dann die Erzeugnisse des besetzten nicht erschöpfen, der besetzte verliert einen wichtigen Absatzmarkt, denn nicht alle Produkte werden die Franzosen als Reparationsleistungen verschlingen können. Die schlimmen Folgen für die Arbeiterschaft liegen auf der Hand.

Durch eine neue Zollgrenze wird diese Sachlage noch weiter verschärft. Die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes muß sich dann auf die schlechte — und durch den Strom der Sachlieferungen weiter verschlechterte — Marktlage Frankreichs unorientieren, während die übrige Arbeiterschaft die Folgen der Abschneidung von den Bodenschätzen und dem industriellen Apparat des wichtigsten Produktionsgebietes in der Form einer weiteren Preissteigerung und Einschränkung der Lebenshaltung tragen muß.

Nicht nur die unmittelbaren Interessen des Heute, sondern auch der Kampf um unser Endziel wird durch die Schwächung der Staatshoheit der deutschen Republik gefährdet. Die politische Abhängigkeit eines Volkes, der Druck fremder Gewalttäter auf die demokratisch gewählte oder vor demokratischen Organen verantwortlichen Vertreter des eigenen Staatswesens löst leicht eine nationalitätliche Gegenbewegung aus, die sehr wohl von der Bekämpfung der fremden Regierung zu einem Völkerrach führen kann. Die Bemühungen, die durch den Krieg zerstörte internationale Solidarität der Arbeiterschaft wiederherzustellen, gehen dann verloren. Bedenkt man dabei, daß durch die Schwächung der deutschen Hoheitsrechte die demokratisch-republikanische Staatsform, dieses Sprungbrett für den sozialistischen Aufschwung, sich als schwach und hilflos darstellen wird, dann ergibt sich die Gefahr einer nationalitätlich-antidemokratischen Welle, die faschistische Gefahr als Folge des

französischen Attentats auf die deutsche politische Unabhängigkeit. Von den beiden kämpfenden historischen Mächten — dem Sozialismus und dem Ultracapitalismus — erlangt der letztere, der Feind der proletarischen Ideen, einen ungeheuren Vorsprung. Und diese Gefahr ist nicht geringer als die, welche von der wirtschaftlichen Seite droht. I. W.

### Neuwahl der Betriebsräte und Betriebsobleute.

In den meisten Betrieben, die seit Bestehen des BRG. (Betriebsrätegesetz) vom 4. Februar 1920 alljährlich ordnungsgemäß die Wahl der Betriebsvertretungen vorgenommen haben, neigt die Amtsdauer der Gewählten ihrem Ende zu. Aber auch in den Betrieben, die aus irgendwelchen Gründen im Laufe des Jahres Neuwahlen vorgenommen haben, empfiehlt es sich, Neuwahlen auszuschreiben, um die Wahlbewegung der Betriebsvertretungen möglichst einheitlich zu gestalten. Leider hat das Gesetz hierin keine feststehende Geschäftsperiode vorgesehen, doch erscheint es aus verschiedenen Gründen zweckmäßig, in der Praxis so zu verfahren.

Die Betriebsvertretungen sind, wie es schon durch ihre Bezeichnung zum Ausdruck kommt, die Interessenvertreter der Betriebsangehörigen. Sie werden durch das Vertrauen der Mitglieder gewählt, sie haben sich nach dem BRG. § 18 alljährlich zur Wahl zu stellen. Die Wahl selbst ist eine unmittelbare und geheime und hat nach den Grundfätzen der Verhältniswahl zu erfolgen. Das heißt, alle im Betrieb vorhandenen Gruppen, Angestellte und Arbeiter, haben unter Berücksichtigung der Branchenzugehörigkeit und auch des Geschlechtes entsprechend ihrem Stärkeverhältnis Anspruch auf eine Vertretung.

Bei der Wahl ist darauf zu achten, daß der Betriebsrat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit einen aus 3 Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand wählt und einen der Gewählten zum Vorsitzenden bestimmt (§ 23, Abs. 1 BRG.). Die Wahl ist durch den Wahlvorstand unverzüglich nach seiner Bestellung einzuleiten und soll spätestens nach 6 Wochen stattfinden (§ 23, Abs. 4 BRG.). Der Wahlvorstand hat spätestens 20 Tage vor dem letzten Tage der Stimmabgabe ein Wahlauschreiben zu erlassen (§ 8, Abs. 1 Wahlordnung). Ein Muster zum Wahlauschreiben befindet sich im Kommentar von Hlatow als Anhang zur Wahlordnung, ebenso ein Muster für die Vorschlagslisten. Vorgedruckte Wahlauschreiben und Vorschlagslisten können durch die Ortsverwaltungen oder durch die örtlichen Betriebssekretariate bezogen werden.

Für die Wahlen der Betriebsobmänner (§ 2 BRG.) finden die §§ 20, 21, 23, 24 und 25 BRG. Anwendung, nur braucht kein Wahlvorstand gewählt zu werden. Der Betriebsobmann hat aber eine Woche vor Ablauf seiner Amtszeit einen Abgleiter zu bestellen. Der Abgleiter hat dann rechtzeitig, d. h.

### Bücher statt Zigaretten.

Im „Jungvolk vom Bau“ erzählt ein Augenfreund, wie er früher immer stark Zigaretten rauchte, dann auf einmal aufhörte wurde, das Geld lieber für Bücher ausgab, da er von den Zigaretten krank, von den Büchern aber schlau wurde. Er kam zu einer schönen Bibliothek. Hierüber erzählt er folgendes:

Vange Zeit später besuchte mich einmal einer meiner früheren Lehrkollegen. Es war schon nach dem Kriege und meine Bücher waren durch den Krieg nicht weniger geworden. Der Kollege wußte noch, daß ich feinerzeit einmal das Schönste auf der Welt, die Zigarette, abgesehen hatte. Nun sah er meine stattlichen Bücherreihen.

„Mensch“, war sein erstes Wort, „was für eine Anmasse Bücher. Gehören die alle dir?“

Und ich: „Ja, alles mein Eigentum.“

Darauf er wieder ungläubig stauend: „Du hast wohl geerbt und nun nach Sitte der Schieber dir eine Bibliothek angelegt?“

Das war ein schmurriger Gedanke, und ich wehrte mich lachend: „Nein, auf solche Gedanken darfst du bei mir nicht kommen. Weißt doch, daß ich grad so ein armer Teufel bin wie du. Und im Kriege lag ich mit im ersten Graben, da habe ich auch kein Geld gefunden.“

„Ja, ist schon recht; aber, Menschenkind, woher stammen denn nur all die vielen Bücher?“ staunte er wieder.

„Woher? Nun, die sammle ich alle aus der Luft.“

„Du“, entgegnete er verdrießlich, „dumme Bißle kannst du bei mir sparen. Aber sieh mal, in den Büchern steckt heute ein Vermögen, und das muß mich doch wundern, wie du zu so viel Geld gekommen sein kannst.“

„Was ich dir sage“, beharrte ich, „ich sammle all die Bücher aus der Luft, und zwar sind sie all das, was du und deinesgleichen täglich in die Luft hineinblasen. Nimm einmal zusammen: Täglich rauchst du so an die fünf bis zehn Zigaretten. Damit bläst du ein kleines Vermögen in die Luft. Und mehr als das: der Tabak ist nicht gerade gesund, mit jeder Zigarette vergiftet du dich, wenn auch nur zu einem kleinen Teile. Du vergißt also, wenn du rauchst, gleich, ob Pfeife, Zigarre oder Zigarette, einen umfangreichen Teil in Geld und Kraft und Gesundheit. Und siehst du, was du so in die Luft hineinblasst, ohne Gedanken, das erwische ich wieder und sammle es und mache mir Bücher daraus.“

Mit anderen Worten: Du weicht, daß ich ohne Nikotin auskommen kann. Nun, zum ersten spare ich da also Geld. Das bringt erst einmal Bücher. Dann erhalte ich bedeutend besser meine Gesundheit, das bringt zum zweiten Mal Geld, denn ich brauche

nichts zum Arzt zu tragen, also wiederum Bücher. In diesen Büchern aber, die ich mir anschaffe, lese ich allerlei und lerne viel daraus, und dann schreibe ich, wenn ich genug von den einzelnen Stücken weiß, einmal einen Aufsatz oder halte ein paar Vorträge darüber, und das bringt dann auch wieder Geld, wenn es auch meist nicht sehr viel ist. Aber auch dadurch finde ich dann wieder Mittel und Wege, nach neuen Büchern Ausschau zu halten. Siehst du, so komme ich zu meinen Büchern, und es ist nicht einmal ein wunderliches Rechenexempel, sondern ein ganz einfaches. Und du selber siehst, ich sammle tatsächlich das Geld aus dem Unweg aus der Luft zusammen, das du hineinbläst.“

„Ja, ja, aber mit der Gesundheit ist das doch nicht so schlimm“, meinte mein Kollege, noch halb zerkümmert, „ich fühle mich ganz wohl, wenn ich rauche.“

„Schön, mag sein, daß du es heute nicht mehr spürst; aber ist dir beim ersten Male oder den ersten Malen nicht auch tödlich gewesen?“

„Allerdings, aber — — — und dann, was würden die Kollegen sagen, wenn ich nun mit einem Male nicht mehr rauchte?“ wandte er noch zweifelnd ein.

„Was die sagen werden? Ach, ich kann es mir ungefähr denken. Wenn es rechte Kerle sind und sie sehen, daß du nachher weiterkommst, dann freuen sie sich und sagen: Es ist wieder einer, der etwas mehr

möglichst ja, daß nach Ablauf der Amtsperiode des Obmanns der neugewählte Obmann sein Amt antreten kann, die Wahl einzuleiten und durchzuführen. Der Betriebsobmann wird von den wahlberechtigten Arbeitnehmern (§ 20 B.R.G.) des Betriebes aus ihrer Mitte in geheimer Wahl gewählt. (Wegen Wählbarkeit siehe §§ 20 und 21 B.R.G.) Derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen erhält, gilt als gewählt. Der alte Obmann bleibt bis nach erfolgter Wahl im Amt. Wiederwahl des alten Obmanns ist zulässig.

Es ist nun bei den Kollegen hier und dort die Ansicht verbreitet, daß es eigentlich gar nicht nötig sei, eine Neuwahl vorzunehmen, weil ja der alte Betriebsrat und der Betriebsobmann so lange im Amt bleiben, bis ein neuer gewählt sei. Diese Ansicht ist irrig. Die Amtsdauer für Betriebsrat und Betriebsobmann beträgt ein Jahr. Dann muß eine Neuwahl erfolgen. Nur für den Fall, daß eine Neuwahl eingeleitet ist, tritt die Bestimmung in Kraft, daß der alte Betriebsrat und der alte Betriebsobmann so lange im Amt bleiben, bis der neue gewählt ist (§ 43, Abs. 1 B.R.G.). Wird keine Neuwahl vorgenommen, dann sind die Belegschaften, auch wenn der alte Betriebsrat unrechtmäßigerweise ohne Neuwahl im Amt geblieben ist, ohne Vertretung. Bei Klagen vor dem Schlichtungsausschuß würde der Einwand des Arbeitgebers, daß der Betriebsrat oder der Betriebsobmann, ohne daß eine Neuwahl eingeleitet sei, über seine Amtsperiode hinaus noch im Amt sei, genügen, um die Klage abzuweisen. Es müssen daher überall dort, wo die Amtsdauer der Betriebsvertretungen abgelaufen ist, Neuwahlen erfolgen. Die Ortsverwaltungen sowie die Gruppenräte haben darauf zu achten, daß in Betrieben, wo Betriebsvertretungen noch nicht gewählt sind, die Berechtigung dazu aber nach dem B.R.G. gegeben ist, die Belegschaften zur Wahl einer gesetzmäßigen Betriebsvertretung veranlaßt werden, um sich vor Schäden zu schützen.

**Tariffschmarozer.**

Zu den unerfreulichsten Erscheinungen der Zeit gehören jene „Kollegen und Kolleginnen“, die sich von jeder Organisation und jeder Leistung an und für eine solche mit dem Gedanken fernhalten, daß die Ergebnisse der Arbeiten und der Kämpfe der Organisationen, insbesondere die tariflichen, ihnen ja schließlich doch zugute kommen. Wie wenig diese Meinung begründet ist, ergibt sich aus folgender Stelle einer Antwort des Reichsarbeitsministers an den Reichstag auf eine bezügliche Anfrage:

„Die Mitglieder der Betriebsvertretungen haben in Erfüllung der gesetzlich ihnen obliegenden Pflichten die Beschwerden aller Arbeitnehmer, gleichviel, ob sie überhaupt einer Gewerkschaft oder welcher Gewerkschaftsvereinigung sie angehören, gemäß § 78 Nr. 4 B.R.G. zu untersuchen und auf ihrer Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken. Jedoch kann aus

kann als wir, der wieder besser für uns eintreten kann. Wenn aber einer sagt, du siehst jetzt auch wohl unter die alten Weiber gegangen, weil du nicht mehr rauchst, dann lasse solchen Kollegen nur gewähren; denn was der sagt, braucht dich nicht zu rühren. Und was die Mannhaftigkeit anbelangt, siehst du: Ist der ein Kerl, der, ohne sich zu sträuben, alles tut, was andere Menschen, die vielleicht nicht einmal so klug sind, wie er selber, von ihm verlangen, oder ist der ein rechter Kerl, der mit klaren Augen einen Weg für sich gefunden hat und den nun unbeirrt geht, wohl mit Rücksicht auf seine Mitmenschen, aber sonst ohne sich von deren üblen Angewohnheiten stören zu lassen? Du weißt ja selber, daß es nicht mannhaft ist, alles nachzumachen, weil die anderen es tun. Ueberlege, was die anderen Menschen tun, und wenn sie dich dann überzeugen, daß ihr Tun gut ist, so magst du es ihnen nachmachen. Und nun gehe und überlege dir, was ich dir gesagt habe; vielleicht denkst du nun anders über die harmlose Zigarette. Oder stimmt es immer noch: Dat Scheunste, wat man hett, dat is son Zigarette!“

„Rein,“ wehrte er sich, „es ist nur schade, daß mir das niemand früher sagte, ich hätte mir auch früher Bücher aus der Luft gesammelt; aber es kann nun auch noch werden. Ich werde von nun an beginnen.“

dieser Aufgabe der Betriebsvertretungen nicht der Schluß gezogen werden, daß Arbeitnehmern, die überhaupt keinem Verband oder einem am Tarifvertrag nicht beteiligten Verband angehören, Ansprüche aus diesem Tarifvertrag zustehen, sofern dieser nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden ist.“

Die Betriebsvertretungen brauchen also solchen Kollegen, die den Organisationen fernbleiben, bei ihrer etwaigen Forderung nach tariflicher Bezahlung keineswegs Hilfe zu leisten.

**Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im Dezember**

wird, wie der Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung auf Grund der bei ihm eingegangenen Mitteilungen der Konventionen und Fachverbände berichtet, weiter ungünstig beurteilt. „Das Weihnachtsgeschäft zog sich im allgemeinen in äußerst ruhigen Bahnen hin. Der plötzliche Dollarturz in der Mitte des Dezember weckte trügerische Hoffnungen auf billigere Preise und führte vielfach zur Zurückhaltung bei Erteilung neuer Aufträge. Wenn die papierverarbeitenden Gewerbe an der Schwelle des neuen Jahres die wirtschaftliche Jahresbilanz ziehen, dann ergeben sich trübe Rückblicke und noch trübere Ausblicke. Die Bilanz schließt mit einem tiefen Defizit ab, welches uns deutlich das Fortschreiten des Berarmungsprozesses der deutschen Wirtschaft im letzten Jahre zum Bewußtsein bringt.“

Ueber die einzelnen Zweige der Papierverarbeitung wird berichtet:

In der Buntpapierindustrie hat sich die Lage erheblich verschlechtert. Es herrscht ein fast völliges Stocken des Inlandabfahes, viele Aufträge wurden zurückgezogen. Ueber die Rohstoffversorgung konnte nicht geklagt werden. Die Preise gingen gewaltig in die Höhe, besonders für Farben. Die Industrie ist nicht mehr in der Lage, den Rohstoffpreiserhöhungen zu folgen, weil die Auslandspreise durch die Auslandskonkurrenz festgesetzt werden und weil unter den deutschen nicht verkauft werden kann und darf. Die letzte Steigerung der Markterlöse noch mehr, als es bereits der Fall ist, die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

Für Chromopapier und -karton litt der Auftragsengang unter dem Druck der Kreditbeschränkung der Lieferanten und Banken. Vereinzelt wurden Aufträge zurückgezogen, da manche Käufer meinten, daß infolge angeblich günstiger politischer Aussichten ein Preissturz eintreten müßte. Bei der Teuerung auf allen Gebieten fehlt jedoch zurzeit jede Grundlage für einen wesentlichen Preisrückgang.

Nach dem Bericht des Vereins deutscher Gummieranstalten hat die Beschäftigung außerordentlich nachgelassen, was auf die unverändliche Preispolitik der Papier- und Zellstofffabrikanten zurückgeführt wird, so daß im Januar zu größerer Arbeitsfreudigkeit übergegangen werden muß. Die Rohstoffversorgung ist im großen und ganzen bei steigenden Rohstoffpreisen leidlich gewesen, jedoch wird über schlechte Kohlenversorgung geklagt. Die Verkaufspreise sind durch Konventionsbeschluß erhöht worden. Die Ausfuhr ist infolge selbst für das Ausland zu hoher Preise zurückgegangen. Es ist allgemein eine starke Zurückhaltung in der Kaufkraft zu beobachten, die in Zusammenhang mit den für die nächsten Monate erwarteten billigeren Preisen gebracht wird.

Der Verein für geliebten Photographiekarten berichtet, daß der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vormonat sich nicht verändert hat. Die Rohstoff- und dementsprechend auch die Verkaufspreise wurden durch Konventionsbeschluß heraufgesetzt. Die Ausfuhr ist zurückgegangen.

Die Vereinigung der Hersteller photographischer Karten stellt fest, daß der Beschäftigungsgrad vorläufig unverändert ist, daß jedoch neue Aufträge recht spärlich eingeht. Rohstoff- und Verkaufspreise wurden erhöht. Die Ausfuhr ist infolge der Preiserhöhung zurückgegangen. Die ungewissen politischen Verhältnisse wirkten außerordentlich hemmend auf die Wirtschaftslage.

In der Tüten- und Beutelfabrikation haben sich die Verhältnisse gegenüber dem Vormonat wesentlich verschlechtert. Die weitere Steigerung der

Papierpreise und die Geldknappheit haben erhebliche Einschränkung der Betriebe hervorgerufen. Eine Anzahl von Betrieben sind nur noch mit 24 Stunden in der Woche beschäftigt. Die Geldknappheit führt sogar dazu, daß die Läger, besonders auch solche der Großfirmen, unter Preis abgestoßen werden.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Papierfabriken hat sich die Beschäftigung weiter wesentlich verschlechtert. Die Papierfäden werden neuerdings zu teuer, und der Großverbraucher geht immer mehr zum Tafelpapier über. Die Belieferung mit Saftpapier ist ausreichend. Die Ausfuhr ist gering.

In der Faltschachtelindustrie hat sich die Beschäftigung nicht geändert, sie ist weiter schleppend. Die Kundschaft hält außerordentlich zurück infolge der allgemeinen Unsicherheit über die künftige Preisgestaltung. Die Rohstoffversorgung ging langsam vor sich.

Nach den Berichten des Zentralverbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten hat sich die Beschäftigung im Monat Dezember weiter verschlechtert. Die allgemeine wirtschaftliche Verschlechterung macht sich in dieser Industrie infolge ihres besonderen Charakters als Hilfsindustrie doppelt bemerkbar. Vor allem das völlige Daniederliegen der Zigarettenindustrie wirkt sich in immer stärkerem Umfange auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Betriebe aus. Während bis in die letzte Zeit die Luxuskartonnagenindustrie verhältnismäßig gut beschäftigt war, muß auch diese jetzt nach Abschluß des Weihnachtsgeschäftes ein fühlbares Aufheben des Eingehens weiterer Aufträge feststellen. Durch die fortgesetzten Preissteigerungen für Pappe, Papier, Leim, Kalkstein sind die Weltmarktpreise bereits überall erreicht, in valutaschwachen Ländern bereits überschritten. Für die in Süddeutschland gelegenen Betriebe dieser Industrie wirken besonders nachteilig die fortwährend gesteigerten hohen Frachtpreise. Diesen Firmen drohen hierdurch große Absatzgebiete verlorenzugehen. Streckung von Arbeitszeit und Entlassung von Arbeitnehmern lassen sich nicht vermeiden.

In der Wellpappenfabrikation hat die Beschäftigung derartig stark nachgelassen, daß weit aus die Mehrzahl der Wellpappenfabriken verkürzt arbeiten. Die Verkaufspreise wurden erhöht, jedoch in einem Ausmaße, daß die tatsächlichen Unkosten nicht gedeckt sind. Die Ausfuhr ruht fast vollständig.

Laut Mitteilung des Vereins deutscher Geschäftsbüchserfabrikanten blieb die Beschäftigung ungefähr die gleiche wie im November, jedoch waren Aufträge immer schwerer herinzubekommen. Der Absatz in Lagerwaren geht ständig zurück, weil der Verbraucher nicht in der Lage ist, den Preis anzulegen. Für Schreibhefte und Zeichenlernmittel ist die Beschäftigung größtenteils weiter zurückgegangen. Die hauptsächlichsten Gründe hierfür sind die gewaltigen Wertierungen der Rohstoffe, der Geldmangel der kleinen Papiergeschäfte, das Verhalten vieler Stadtverwaltungen, der Schüler oder Elternvereinigungen. Das Schulschreibheft, der ehemalige Groschenartikel, hat eine derartige Preishöhe erreicht, daß es Eltern mit mehreren Kindern unmöglich ist, die Kosten aufzubringen. Der Papierhändler verkauft in vielen Fällen das Schulheft unter dem Wiederbeschaffungspreis, vermindert somit seine wirtschaftliche Grundlage und kann bei Neuanfassungen nicht dieselbe Menge Hefte kaufen wie früher; das Geschäft verliert infolgedessen für ihn an Interesse. Schüler, Elternräte und Stadtverwaltungen haben vermehrt versucht, den Verkauf oder die Herstellung der Hefte selbst vorzunehmen. Da derartige Unternehmungen zumeist nicht kaufmännisch zu rechnen haben und Stadtverwaltungen sich bei Beschaffung von Schulwaren mehr von politischen als wirtschaftlichen Standpunkten leiten lassen, werden derartige Hefte in der Kalkulation stets billiger erscheinen, als sie der Fabrikant herstellt und berechnet. Die scharfen Zahlungsbedingungen werden in den nächsten Monaten, wo sich das Geschäft in Schulwaren sonst außerordentlich belebt, stark hemmend wirken. Rechnlich verhält es sich mit Zeichenlernmitteln. Ueber die Rohstoffversorgung war nicht zu klagen.

In der Tapetenindustrie hat sich die Lage weiter verschlechtert. Infolge geringer Bau- und Erneuerungstätigkeit wird die Tapete immer mehr entbehrlicher Luxusartikel. Ueber die Rohstoffversorgung war nicht zu klagen.

Vaut Bericht des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler hat sich das Weihnachtsgeschäft für den Buchhandel verhältnismäßig still gestaltet. Um dem Geschäft weitere Beunruhigung fernzuhalten, wurde die Anfang Dezember festgesetzte Schlüsselzahl von 400 erst am 23. Dezember auf 600 erhöht, obwohl die Verteuerung der Herstellung, wobei das Papier die ausschlaggebende Rolle spielt, eine Erhöhung schon früher gerechtfertigt hätte. Dieses Entgegenkommen an die geschwächte Kaufkraft der Abnehmerseite bedeutet ein weiteres Opfer des Buchhandels, das seine Lage nicht günstiger gestaltet.

Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer stellt fest, daß die Beschäftigung schlecht geworden ist. Da schon im Buchdruckgewerbe sehr erhebliche Einschränkungen zu verzeichnen waren und die Kurzarbeit von Tag zu Tag Fortschritte machte, so griff dies vom Buchdruckergewerbe auf das Buchbindereigewerbe über. Wenn nichts mehr gedruckt wird, auch nicht mehr gebunden. Die Verkaufspreise wurden um etwa 90 Proz. erhöht. Es wird im ganzen Gewerbe in nächster Zeit mit erheblicher Arbeitslosigkeit gerechnet.

Im Buchdruck- sowie im Zeitungs-gewerbe ist die Lage im wesentlichen weiter schlecht. Im Lichtdruck- sowie im Stein-druck-gewerbe hat sich die Verschlechterung der Geschäftslage fortgesetzt. Infolge der Steigerung der Mark hielt die Inlandsfabrik zurück, da sie auf billigere Preise hoffte. Die Markteigerung brachte auch weiteren Rückgang der Ausfuhr mit sich. Ueber die Rohstoffversorgung war im allgemeinen nicht zu klagen.

Wesentlich ist die Lage bei den Betrieben des Bundes der chemographischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands. Die Gründe für eine Verschlechterung werden darin gesehen, daß die Rundschiffahrt ihren Bedarf bereits früher eingedeckt hat und nun infolge leichter Marktbesserung erst die weitere Entwicklung abwarten will, ehe sie sich zu neuen Bestellungen entschließt. Die Rohstoffversorgung hat sich gebessert, jedoch haben die Betriebe oft nicht genug Kapital, um das Material zu beziehen.

Auch nach den Berichten der Autogram-Konvention hat sich die Beschäftigung weiter verschlechtert. Ueber die Rohstoffversorgung war nicht zu klagen. Die Ausfuhr ging fast vollständig zurück. Der Zwischenhandel hat sich von den Artikeln vollständig zurückgezogen.

### Aus unserem Beruf.

#### Central-Kranken- und Beirätskassen der Buchbinder und verwandten Geschäftszweige.

Auf Grund der Verordnung über Wochenhilfe vom 15. Dezember 1922 (Reichsgesetzbl. 1922 S. 923) ist der § 15 der Kassensatzung wie folgt abgeändert worden:

Als Wochenhilfe wird gewährt:

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird;
2. ein einmaliger Beitrag zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschaftsbeschwerden in Höhe von 2000 Mk.; findet eine Entbindung nicht statt, so sind als Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden 900 Mk. zu zahlen;
3. ein Wochenlohn von 50 Mk. täglich für zehn Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen; das Wochenlohn für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig;
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld von 120 Mk. täglich bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Für Entbindungsfälle, die vor dem 19. Dezember 1922 eingetreten sind, ist das Wochen- und Stillgeld für den Rest der Bezugszeit in dem nach den neuen Vorschriften erhöhten Beträge zu zahlen. Der Vorstand der Kasse. J. A.: Georg Jinte.

#### Deutsche Bücherproduktion im 1. Halbjahr 1922.

Die neueste Statistik über die deutsche Büchererzeugung, die im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ veröffentlicht wurde und die vom Januar bis zum Juni 1922 reicht, zeigt ein weiteres Answellen der literarischen Produktion. Die Summe aller registrierten Veröffentlichungen beläuft sich auf 18332. Davon hat die größte Ziffer an Neuerscheinungen die Gruppe schöne Literatur, nämlich 2855; dann folgt die Gruppe

Rechts- und Staatswissenschaft, Politik, Volkswirtschaft, Statistik mit 2371. Auf dem Gebiete von Handel und Verkehr sind 1664 Neuerscheinungen gezählt. Die Gruppe Erziehung und Unterricht, Jugendbewegung, Schulbücher umfaßt 1592 Neuerscheinungen. Religionswissenschaft, Theologie, Anthropologie stehen mit 1403 Nummern an fünfter Stelle. In der Gruppe, die Werte allgemeinen Inhalts umfaßt, werden 1012 Neuerscheinungen gezählt. Auf dem Gebiete der Kunst und des Kunstgewerbes, von Musik, Theater, Tanz, Kino sind 921 Neuerscheinungen gebucht. Von auffälligen Einzelheiten gibt der Bearbeiter der Statistik an, daß die erbauliche Literatur, die der Gemeinschaftsbewegung dienen will, stärker als sonst hervortritt; ebenso wurden Veröffentlichungen über Themen, die die innen- und außenpolitische Lage bessern helfen sollen, häufiger als früher gezählt.

Die Broschüren und andere kleine Bändchen haben ein großes Uebergewicht über die üblichen Werke erreicht. Während die Zahl der Neuerscheinungen zugenommen hat, darf angenommen werden, daß die Auflagenhöhe der einzelnen Erscheinungen, gemessen an der Vorkriegszeit, bedeutend zusammengeschrumpft ist.

#### Ausstellung amtlischer Graphik.

Im Leipziger Grassi-Museum wurde eine Ausstellung des Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker eröffnet. Auf ihr zeigt Reichskunstwart Dr. Redstob zum ersten Male eine kleine Auswahl der amtlichen Graphik, für die er die Verantwortung trägt. Indem er für verschiedene stark ausgeprägte Künstlerindividualitäten als Auftragneher auftraf, suchte er ihre Leistungen auf einen sachlichen Nenner zu bringen und den Druckfachen des Reiches mit ihrer Hilfe eine bescheidene, aber vornehme Note zu geben. Da sind z. B. die neuen Stempel und Siegel des Reiches, die Amtsschilderentwürfe und die neuen Eisenbahnadler. Ganz neu erscheinen leicht übersehene und doch so wichtige Dinge wie die Reisepässe, bei denen auf dem Deckel und in der Grundierung der Papiertafel der neue Adler vermerkt ist und bei denen die Schrift zum ersten Male klar und übersichtlich geordnet erscheint. Vorzüglich sieht auch die „Verfassung des Deutschen Reiches“ in ihrem arauen Umschlag aus, die jetzt den Schülern und Schülerinnen bei der Schulleistung ausgedrückt wird.

#### Zustimmung der Charlottenburger Stadtkämmerei.

Auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen kann die Charlottenburger Stadtkämmerei zurückblicken, die für die Entwicklung des deutschen Volkswirtschaftswesens von nicht geringer Bedeutung geworden ist. Charlottenburg hat als erste Stadt den Fortschritten Rechnung getragen, die eine moderne Büchereibücherei für die Bedürfnisse der gesamten Einwohnerschaft verlangten. Infolge einer Stiftung und entsprechender Leitung hat sie besonders unserer heranwachsenden Jugend und den Arbeiterfreien Bildungsförderer in bester Auswahl mit einer vorzüglichen Organisation geboten.

#### Wie Amerika für Papier sorgt.

Die Zeitungen der Vereinigten Staaten verbrauchen jährlich drei Millionen Klafter Holz und die Fichten, die man dazu verwendet, bedürfen einer Zeit von vierzig Jahren, um schlagreif zu werden. Wie in der „Umschau“ berichtet wird, trägt man schon jetzt Sorge, um diesen Holzbedarf für spätere Zeiten sicherzustellen. Es werden 80 000 Quadratmeilen unbenutzten Landes in 40 Abschnitten mit Fichten bepflanzt, und durch diese weit voraussehenden Maßnahmen wird es den amerikanischen Zeitungen nie an Papier fehlen. Die zwei Millionen Tonnen Zeitungspapier, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten täglich gedruckt werden, stellen ein Band von der Breite einer gewöhnlichen Tageszeitung dar, das über 64 Millionen Kilometer lang ist, sich also am Äquator 1600mal um die Erde legen ließe.

### Berichte.

Berlin. Am 9. Januar fand die Generalversammlung der Liniereraktion statt. Von einer ausführlichen Berichterstattung über das vergangene Jahr konnte Abstand genommen werden, da die Kollegen-schaft durch rege Teilnahme an allen Versammlungen über das Geschehene unterrichtet ist. Erfreulicherweise nimmt das Interesse an der Organisation zu, was auch bei den Neuwahlen zum Vorstand kam. Es wurde als Sektionsleitung gewählt: Peters und Rust zu Obmännern, Bartel und Glappe zu Schriftführern, Joppe und Lindner zu Beisitzern und E. Husum zum Kassierer. Die gewählte Kommission übernimmt gleichzeitig die Geschäfte der Zentralstelle für die Linierer Deutschlands. Der Aufforderung des Kollegen G. Leipzig in der „Buchb.-Ztg.“, die Adressen der Sektionen zu veröffentlichen, kann die Zentrale

aus tatsächlichen Gründen nicht entsprechen, jedoch wird entsprechende briefliche Auskunft erteilt. Da auf vielfaches Verlangen die Verbindung mit den Provinzkollegen ausgebaut werden soll, werden die Sektionen gebeten, ihre Adressen sowie kurzen Bericht über die örtlichen Verhältnisse an R. Peters, Berlin SW., Solmsstr. 49, 2 Tr., zu senden.

Hannover. Die am 12. Januar abgehaltene Versammlung der Liniereraktion erfreute sich eines guten Besuchs. Einleitend gab Weiß einen kurzen Rückblick auf das verstlossene Jahr, das in bezug auf die Konjunktur für unseren Beruf als ein ziemlich günstiger zu bezeichnen war. Mit erster Sorge aber müssen wir dem neuen Jahre entgegensehen, dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten ihre Schatten schon voraussehen. Nach längerer Debatte über Berufsfragen wurde auch der Wunsch geäußert, die Adressen der Liniereraktionsleiter in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen. Zum Schluß wurde noch zum Ausdruck gebracht, daß von den in der „Buchbinder-Ztg.“ geschickten Mißständen im Linierer-beruf die Kollegen zum größten Teil selber die Schuld tragen. Anfragen an die Liniereraktion Hannover sind zu richten an Koll. J. Weiß, Hannover, Schau-selder Str. 8, 4 Tr.

Pforzheim. In der am 10. Januar stattgefundenen Mitglieberterversammlung beschäftigten wir uns speziell mit dem Ergebnis der letzten Lohnkonferenz in Erfurt. In teilweise schärfster Weise wurde das Lohnabkommen kritisiert. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von ihm und stellte fest, daß es vollständig ungenügend ist, und daß daher mit aller Schärfe drüßlich dafür zu kämpfen ist, um die Arbeitslöhne den unerhörten Preisen einigermaßen anzupassen. Monat für Monat geben der hiesigen Utensiliararbeiter Tausende von Mark gegenüber den Löhnen, die in der Bijouterieindustrie bezahlt werden, verloren. Auf Grund dieser Verhältnisse soll die Ortsverwaltung sofort örtliche Lohnverhandlungen einleiten. Ferner wurde auf den in Nr. 1 der „Buchbinderzeitung“ enthaltenen Artikel: „Auf deine Kosten, Proletar...!“ hingewiesen und bemerkt, daß Lohnabkommen, wie das für Januar abgeschlossene, die Befriedigung der Arbeiterschaft immer mehr vergrößern. Die Versammlung erwartete, daß nicht nur theoretisch die Not der Arbeiterschaft festgestellt wird, sondern daß in praktischer Weise die Wege beschritten werden, welche notwendig sind, die Arbeiterschaft aus der jetzigen Notlage zu befreien. Die hiesige Utensiliararbeiter gelobte, einig und geschlossen zusammenzutreten, um zu zeigen, daß sie gewillt ist, für eine Besserung ihrer Lebenshaltung mit allen Mitteln zu kämpfen. Zum Schluß gab der Vorsitzende noch einige Resolutionen betr. Beitragsfrage und „Buchbinderzeitung“ bekannt.

### An unsere jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Eltern!

Unser Rürnberger Jugendausschuß wendet sich an unsere Jugend und deren Eltern mit folgendem Aufruf:

Unübersehbarer Not und graues Elend ist über die deutsche Arbeiterschaft hereingebrochen. Auf der einen Seite pompöser Luxus, auf der anderen Hunger. Alle Feinde der Republik und der freien Gewerkschaften wollen unsere Errungenschaften vernichten. Stirbt die Republik, dann gehen wir unter. Dieses muß und können wir verhindern durch einiges Zusammenarbeiten. Eltern! Es gilt, eine neue Generation heranzuziehen, die in der Lage ist, an der Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten. Die Jugend darf nicht mehr dahinsimpeln in Sumpf und Schmutz, sondern muß für die ihr zustehenden Aufgaben gebildet werden. Kinos, Aftabot und Nitotin sind die Feinde an Körper und Geist; darum hinweg mit diesem Gift. Schickt eure Kinder zu uns, damit sie mit uns bessere Verhältnisse schaffen helfen. Jugend! rühte dich auf. Die Jugend derer, die uns ausbeuten, kann Reisen machen, gute Bücher lesen und sich jeden Luxus leisten, während die Arbeiterjugend auf unendlich viel Lebensglück verzichten muß; Arbeit, Hunger und Entlohnung ist ihr Los. Wir wollen und können es besser bekommen, wenn wir uns zusammenschließen und gemeinsam unser Schicksal schmieden.

Ihr Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen! Wollt ihr eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern, so kommt zu uns. Jugend erwache, hilf mit, daß wir an der Seite unserer alten Kämpfer als junge Garde am Werk der Zukunft mit bauen helfen.

An euch, Eltern, richten wir nochmals die Bitte, schickt eure Söhne und Töchter zu uns.

Der Jugendausschuß.



# UNSERE JUGEND



## Wir Jungen!

Wir wollen nimmer am Heutigen kleben,  
Immer und immer nur vorwärts streben,  
Und kühn uns selbst in die Zukunft heben,  
Wir Jungen!

Ein einziger Rhythmus soll in uns schlagen,  
Und einzigen Willen wollen wir tragen  
Und alles und alles ans Eine wagen,  
Wir Jungen!

Und immer auf eigene Kraft nur bauen,  
Dem Zufall nicht, nicht Wundern vertrauen,  
Und kühn und steghaft die Zukunft erbauen  
Aus uns, den Jungen!

Friz Lindenlohl, Hamburg.

## Arbeitszeitgesetz und Lehrlinge.

Das Unternehmertum ist eifrig am Werk, auch noch die letzte Errungenschaft der Novembertage 1918 der Arbeiterschaft streitig zu machen. Die franke deutsche Wirtschaft, die durch übermäßige Gewinne der Unternehmer, Valutafschwankungen und Börsengeschäfte erst ihren heutigen Tiefstand erreicht hat, soll nun durch Mehrleistung der Arbeiterschaft wieder flottgemacht werden.

Man greift zu dem einfachen Mittel, die Arbeitszeit auf 9, womöglich auch 10 Stunden heraufzusetzen. So wollen es die Wortführer des Unternehmertums, August Thyssen im Brief an den früheren Reichstanzler Dr. Wirth und Hugo Stinnes im Reichswirtschaftsrat. In der richtigen Erwartung, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft der Aufhebung des Achtstundentages den größten Widerstand entgegensetzen würde, versucht man nach dem Grundsatz „Teile und herrsche“ einzelne Gruppen der Arbeiterschaft vom gesetzlichen Achtstundentag auszunehmen und hier wiederum zunächst nur die Kreise, von denen man annimmt, einen geringeren Widerstand zu finden.

Der Reichswirtschaftsrat hat den Entwurf zum Arbeitszeitgesetz gegen den Einspruch der gesamten Arbeitervertreter noch weiter so verschärfert, daß er den heftigsten Widerspruch hervorrufen muß. Es wird zum Beispiel für Lehrlinge eine Arbeitszeit mit Einschuß des Schulbesuchs von 54 Std. vorgeschrieben. Ferner soll der Lehrling außerhalb dieser 54-Stunden-Woche noch täglich bis zu einer Stunde zu Vorbereitungs- bzw. Aufräumungsarbeiten herangezogen werden können. Damit wäre glücklich das Ideal aller Rückschrittler, die 60-Stunden-Woche für Lehrlinge, erreicht.

Wahrlich, die Herren Unternehmer wissen ihre Privatinteresse wahrzunehmen, unbeschadet, ob sie sich dabei selbst Lügen strafen. Fordern die Gewerkschaften die Regelung der Entschädigung durch Tarife, dann heißt es flugs, der Lehrvertrag ist kein Arbeitsvertrag. Der Lehrling leistet ja überhaupt keine gewinnbringende Arbeit. Wenn dem aber so ist, warum soll denn dann gerade der Lehrling mit seinem meist schwächlichen und empfindsamen Körper länger arbeiten als der ausgewachsene Gehilfe?

Aber nicht nur den Beherrlungen sind durch das Gesetz bedeutende Verschlechterungen zugebacht, sondern auch der gewerblichen Jugend schlechthin. Während die besonderen Jugendschutzvorschriften bisher nur bis zum 16. Lebensjahre Anwendung fanden, wollte die Regierungsvorlage diese bis zum 18. Lebensjahre ausdehnen. Der Reichswirtschaftsrat hat diesen Fortschritt abgelehnt und sogar noch für die sogenannten Saisongewerbe besondere Ausnahmen zugelassen.

Inzwischen ist nun mit Zustimmung des Plenums des Reichswirtschaftsrates die ganze Vorlage nochmals an den Sozialpolitischen Ausschuss zurückverwiesen worden. Auch liegt die endgültige Gestaltung des Gesetzes bekanntlich beim Reichstag. Inzwischen wird es aber notwendig sein, die Öffentlichkeit über die drohenden Gefahren, die hier der Jugend bevorstehen, aufmerksam zu machen und die kulturellen und gesundheitslichen Schäden nachzu-

weisen, die dem Volksganzen dadurch entstehen würden.

Bereits im Dezember v. J. hat eine Zusammenkunft von gewerkschaftlichen Jugendleitern zu diesen Gefahren Stellung genommen. Zunächst wurde beim Ausschuß der Deutschen Jugendverbände beantragt, diese Angelegenheit in der nächsten Tagung zu behandeln. Das wird geschehen und wahrscheinlich das Ergebnis zeitigen, daß die Jugendvereine aller Richtungen und Konfessionen sich gegen die Absichten des Reichswirtschaftsrates aussprechen werden. Weiter wurde eine Reihe namhafter Persönlichkeiten nach ihrer Auffassung befragt, um den Arbeitervertretern im Reichstag recht vielseitiges Material zur Beurteilung der Frage geben zu können. Zusammen mit der sozialistischen Arbeiterjugend wird das Jugendsekretariat des ADGB, dauernd in der notwendigen Fühlung mit Arbeitervertretern im Reichstag bleiben, um das Arbeitszeitgesetz und besonders die Bestimmungen für die Jugendlichen in ihrer weiteren Entwicklung verfolgen zu können. Hoffentlich läßt die allgemeine politische Lage es zu, daß diesen Dingen an den berufenen Stellen und auch in der Öffentlichkeit die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. St.

## Vorwärts und aufwärts.

Seit dem Kasseler Verbandstag hat die Jugendarbeit in unserem Verband eine besondere Förderung erfahren, obwohl die Entwicklung der Verhältnisse für diese Arbeit die denkbar ungünstigste war. Die erwachsene Arbeiterschaft, angepannt von der ständigen Sorge um die materiellen Lebensnotwendigkeiten, konnte sich nur ganz begrenzt um die Jugendfragen kümmern. Die Jugend selbst, vielfach noch gleichgültig gegenüber ihren wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, ist außerdem noch in den verschiedenen politischen und sportlichen Vereinen zerstreut. Es ist durchaus läßlich, wenn die Jugend schon rechtzeitig beginnt, sich um ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu kümmern, aber es ist ebenso für die gesunde Entwicklung der Jugend bedenklich, schon allzu früh politischen Dogmen und Glaubenssätzen nachzulaufen, wie auch allförmlich nur immer dem Fußball, ohne sich auch nur um die anderen Gebiete der geistigen Fortbildung zu bemühen, die für die Entfaltung der Jugend so dringend notwendig sind.

Die sportliche Betätigung der Jugend hat in den letzten Jahren ganz erfreulich zugenommen, und die Arbeiterbewegung hat allen Grund, diese Bestrebungen zu fördern. Es darf aber nicht in Sportgereiz ausarten, wie wir es leider so oft schon erleben. Was soll aus einer Jugend werden, die außer ihrem Sportverein keine weiteren Interessen mehr kennt? Die übliche Vereinsneugier mit dem meistens sehr banalen „Fidelitas“ bilden gewöhnlich den Höhepunkt des Vereinslebens. Die Folgen sind Vernachlässigung der Fortbildung im Beruf sowie der so notwendigen Bildungsarbeit überhaupt. Die freie Zeit der Arbeiterjugend ist zu kostbar, als daß sie nur von einseitigen sportlichen Interessen ausgefüllt wird. Nur eine richtige Verbindung der planmäßigen Bildungsarbeit mit einer gesunden Körperkultur kann der Jugend nützen. Darüber hinaus muß ihnen der Sinn geschärft werden für die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben, die der proletarischen Jugend zufallen.

Die Arbeiterjugend, die vornehmlich unter den miffligen Zeiterhältnissen leidet, kann der weiteren Entwicklung nicht talentlos zusehen. Sie muß ihre Kraft fähigen, ihren Sinn weiten, um die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne des Proletariats zu beeinflussen. Dazu gehört aber eine planmäßige Gemeinschaftsarbeit, die nur von starken Faktoren geleistet werden kann. In dieser Erkenntnis haben die Gewerkschaften ihre Jugendarbeit aufgebaut. Sie wird um so fruchtbringender sein, je mehr die Erwachsenen diese Arbeit unterstützen und die Jugend das für sie Geschaffene zu nützen weiß. Das es in dieser Richtung vorwärts geht, beweist die Entwicklung im letzten Jahre. Der Kasseler Verbandstag hat bei der Neuregelung der Beiträge eine besondere Lehrlingsklasse geschaffen. Das erleichtert den Ueberblick über die Zahl der dem Verbande angehörenden Lehrlinge. Es waren als Mitglieder gemeldet im 1. Quartal 358 Lehrlinge, im

2. Quartal 498 Lehrlinge, im 3. Quartal 826 Lehrlinge. Das bedeutet einen ganz erfreulichen Anstieg. Die statistische Erhebung im Mai vorigen Jahres ergab, daß im ganzen Gewerbe etwa 2100 Lehrlinge überhaupt vorhanden sind. Wenn auch im 4. Quartal mit einer weiteren Steigerung der organisierten Lehrlinge zu rechnen ist, so bleibt doch noch die Hälfte aller Lehrlinge zu organisieren übrig. Hier muß nun unsere Arbeit im neuen Jahr einsehen. Stoff für die Agitation ist reichlich vorhanden. Die Kostgeldfrage, die tarifliche Ausbildung, das kommende Arbeitszeitgesetz, das den Lehrlingen die 60-Stunden-Woche bringen soll, sind Grund genug, um die Lehrlinge in der Organisation zusammenzufassen, um einzig und geschlossen alle drohenden Gefahren abzuwehren. Wenn sich jeder Lehrling zum Ziel nimmt, auch nur einen Lehrkollegen dem Verbände zuzuführen, dann können wir das Lehrlingswesen besser überblicken, überall helfend und fördernd eingreifen und der so dringend notwendigen Neuregelung des Lehrlingswesens die Wege ebnen. St.

## Lehrlingsausbeutung.

Obwohl wir schon des Öfteren auf die unhaltbaren Zustände in der Lehrlingsentschädigung in unserem Berufe hinwiesen, haben sich die Verhältnisse leider inzwischen ganz gewaltig verschlechtert. Es ist darum verständlich, wenn eine allgemeine Empörung bei den Eltern, den Lehrlingen, sowie bei unseren Kollegen Platz greift über die unsoziale Haltung, die die meisten Innungen in dieser Frage einnehmen. Wohl erkennen wir den Unterschied zwischen Lehrvertrag und Arbeitsvertrag an, aber früher bedeutete das Kostgeld, das etwa den fünften bis sechsten Teil vom Gehilfenlohn ausmachte, immerhin einen Zuschuß für die Lebenshaltungskosten des Lehrlings, während heute die Entschädigung vielfach nicht einmal das Fahrgehalt ausmacht. Welche zerschredenen Zustände durch die einseitige und willkürliche Regelung der Kostgeldsätze durch die Innungen eingetrisen sind, zeigt nachstehende Zusammenstellung der wöchentlichen Kostgeldsätze für Lehrlinge im Dezember 1922. Es wurden gezahlt:

	1. Lehrjahr Wk.	2. Lehrjahr Wk.	3. Lehrjahr Wk.	4. Lehrjahr Wk.
Berlin, Abmun., Mappen- und Galanteriehandl.	1907,25	2440,65	3106,25	—
			(16 Gshl.)	
			8328,15	
			(16 Gshl.)	
Berlin, Buchdruckerlei	1445,—	1455,—	1470,—	1480,—
Berlin, Buchbindereibef.	1000,—	1200,—	1350,—	1450,—
Berlin, Innungen	600,—	700,—	850,—	1000,—
Halle an der Saale	150,—	200,—	250,—	300,—
Halberstadt, Grohhetr.	730,—	780,—	1220,—	1250,—
Halberstadt, Kleinbetr.	80,—	100,—	175,—	200,—
Dresden, Innung	200,—	300,—	400,—	500,—
Stuttgart, Innung	80,—	150,—	250,—	350,—
Mannheim, B. B.	100,—	150,—	200,—	250,—
Leipzig, Innung	250,—	350,—	450,—	600,—
Frankfurt a. M., Innung	250,—	350,—	500,—	600,—
Ehemnich	300,—	400,—	500,—	600,—

Im Januar wurden gezahlt:

Berlin, Buchdruckerlei	2110,—	2118,—	2123,—	2133,—
Berlin, Buchbindereibef.	1300,—	1550,—	1750,—	1900,—
Berlin, Innungen	1200,—	1400,—	1600,—	1900,—
Braunschweig	250,—	400,—	600,—	600,—

Wir wissen, daß unser Gewerbe und besonders das Handwerk durch die Teuerung und die hohen Materialpreise stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Es kann aber unter keinen Umständen so weit gehen, daß die wirtschaftlich Schwächsten nun am meisten darunter leiden sollen.

Die Eltern der Lehrlinge werden gut tun, auf eine monatliche Regelung der Kostgeldsätze zu drängen und dafür zu sorgen, daß sich die Lehrlinge restlos der Organisation anschließen. Nur so wird es möglich sein, das Lehrlingswesen unseres Gewerbes dauernd zu überwinden und einer tariflichen Regelung die Wege zu ebnen. Aber auch die Betriebsräte sollten von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen und sich der Lehrlinge mehr als bisher annehmen. Es muß mit allem Nachdruck dahin gestrebt werden, bei jeder Lohnverhandlung der Gehilfen auch die Lehrlingsfrage entsprechend zu erhöhen, bis das früher bestandene Verhältnis zwischen Kostgeld und Gehilfenlohn wieder hergestellt ist. Die Innungen aber, die sich einer Anpassung an die fortschreitende Teuerung widersetzen, haben das Recht verwirkt, noch weiter selbstherrlich über das Lehrlingswesen zu bestimmen. St.

### Rundschau.

Folgen der Besetzung des Ruhrgebiets. Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zeigen sich bereits deutlich die verheerenden Folgen der Besetzung des Ruhrreviers. Die Kohlenlieferungen nach dem unbesetzten Deutschland sind bisher fast im gewohnten Umfange erfolgt, sie werden jedoch in Anbetracht der jetzt verschärften Situation und der hier und da bereits verfügten Requisitionen sehr bald erheblich nachlassen, zumal seit dem Einmarsch der Franzosen und Belgier die Kohlenförderung des Ruhrreviers überhaupt um 20 Prozent zurückgegangen ist.

Ganz Deutschland ist von der Gefahr einer sehr ausgedehnten Arbeitslosigkeit bedroht. Diese muß geradezu katastrophale Wirkungen haben, da sie zeitlich zusammenfällt mit einer bisher noch nie gekannten sprunghaften Steigerung aller Lebensmittelpreise. Alle Teuerungswellen, die bisher über uns hinweggegangen sind, waren im Vergleich zu der jetzigen Teuerungshochflut wirklich unbedeutend. Der Dollar steigt täglich um Tausende von Mark und reißt das gesamte Warenpreisniveau mit nach oben. Dieser rapide Währungsverfall stellt uns unmittelbar vor die Gefahr des Hungers. Die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland ist schon vom Standpunkte unseres eigenen Importhandels aus bei den jetzigen Devisenkursen mit einem so großen Risiko verbunden, daß dazu die Kapitalkraft unserer Wirtschaft als viel zu klein erscheint.

Noch ungünstiger stellt sich die Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen vom Standpunkte des ausländischen Großhandels aus dar. Es ist bekannt, daß die führenden Wirtschaftskreise Englands und der Vereinigten Staaten schon vor der Ruhrbesetzung in Geschäften mit Deutschland immer eine starke Ängstlichkeit beklagten. Für diese Kreise war Berlin ein zweites Moskau, sie fürchteten schon immer an den Geschäften mit Deutschland unter den obwaltenden Umständen Verluste zu erleiden.

Die Ruhrbesetzung und der damit verbundene Kurssturz der Mark haben auch dem Kredit der deutschen Industrie und unseres Einfuhrhandels im Auslande einen schweren Schlag versetzt. Der Amerikaner, der die Vorgänge in Deutschland nur an der Hand sensationell aufgemachter Zeitungsmeldungen verfolgt, ist überzeugt davon, daß in Mitteleuropa schon ein vollständiges Chaos herrscht. Er exportiert seine Waren deshalb vorläufig noch eher nach Mexiko oder China als nach dem europäischen Kontinent. Wir stehen also zu allem Unglück wieder vor einer Art Blockade. Die Störungen in der Warenzufuhr wirken natürlich im Zusammenhange mit der Markentwertung ganz besonders stark preisstärkend. Die deutsche Großhandels-Indeziffer ist bereits vom 5. Januar bis zum 15. Januar d. J. um 27,6 Proz. gestiegen, das Preisniveau der Lebensmittel allein hat sich um 29,9 Proz. erhöht. Den breiten Volksschichten kommt neben der Verteuerung der Lebensmittel vor allem die Erhöhung der Preise für Kohle, Holz, Gas und die erneute Heraussetzung der Gütertarife in dieser schweren Zeit wie ein fürchterlicher Schlag. Geht es nur wenige Wochen noch in diesem Tempo weiter, dann sind die Folgen für unser soziales und politisches Leben unabsehbar.

Zur Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Der Reichstag hat am 16. Januar das Gesetz über die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen in dritter Lesung angenommen. Hierdurch wird das bisherige Verfahren wesentlich vereinfacht, indem bei Änderungen allgemein verbindlicher Tarifverträge, die ausschließlich eine Anpassung der geldlichen Leistungen an die Teuerungsverhältnisse enthalten, die Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit ohne vorherige Bekanntmachung und Stellung einer Einspruchsfrist erfolgen kann, wenn der Antrag auf Erklärung der allgemeinen Verbindlichkeit von sämtlichen Vertragsparteien gestellt oder gegen den von einzelnen Vertragsparteien gestellten Antrag von den anderen Vertragsparteien keine Einwendung erhoben wird.

Gegen die Not der Presse. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dessen Bestimmungen dem Waldbesitz die Pflicht zu monatlichen Lieferungen von 90 000 Raummetern Papierholz vom 1. April 1923 ab auferlegt werden soll. Die Länder sind berechtigt, die

von ihnen zu leistenden Holzmetern bis zu einem Drittel auf die nichtstaatlichen Wäldungen umzulegen. Die Länder haben zwei Drittel der aufzubringenden Holzmenge zum Preise von 1000 Mt. für das Raummeter geschältes Holz, den Rest zu einem am Lieferungsorte geltenden Durchschnittspreise zu liefern. Dieser darf jedoch den Preis von 2500 Mt. für geschältes Holz bzw. 2100 Mt. für ungeschältes Holz nicht übersteigen. Die Zuteilung der von den Ländern zur Verfügung gestellten Holzmetern an die Papierholzverbraucher erfolgt durch Vermittlung einer neu zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft „Druckpapierbeschaffung“.

Ob aus diesen neuerlichen Bestrebungen zur Senkung des Papierpreises etwas Vernünftiges herauskommen wird, ist angesichts der Erhöhungen auf diesem Gebiet zu bezweifeln. Richtiger wäre es schon gewesen, es wäre rechtzeitig mit einer Organisationierung der Selbsthilfe eingeleitet worden. Wenigstens hätten die Arbeiterdruckereien schon längst eine Selbsthilfe einleiten sollen.

### Abrechnungen

vom 1. Quartal 1922 gingen weiter bis zum 22. Januar bei der Verbandstasse ein von:

- Bernau 15 000,—; Königsberg i. Pr. 52 000,—; Riet 17 000,—; Halberstadt 19 000,50; Potsdam-Rommes 25 311,30; Torgau 17 000,—; Gesselnkirchen 4983,—; Lüdenscheid 2472,20; Cleve —,—; Gau Thüringen 40 000,—; Arenshausen 12 197,—; Eisenberg 159 786,23; Schölk 40 000,—; Sonneberg 105 000,—; Weimar 46 319,90; Crimmitschau 73 100,—; Leipzig 2 423 077,—; Limbach 28 251,25; Nerchau 28 000,—; Seiffennersdorf 15 000,—; Würzen 200 000,—; Boll 10 000,—; Konstanz 44 112,—; Erlangen 144 000,— Mt. Fr. Lender.

### Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Essen (Westf.). B.: F. Biese, Heimatdankfir. 32; K.: F. Brod, Grabenstr. 67 (Arbeiterzeitung). Zahlung: Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
- Glogau. B.: H. Schmarr, Kaufschwiv Nr. 38, Nr. Glogau; K.: M. Wurns, Pohnische Str. 24 III.
- Göppingen. Alle Postsendungen sind an den Kassierer A. Raiber, Börd. Karstr. 60, zu richten.
- Konstanz. B.: A. Joller, Wessenbergstr. 8; K.: Bruno Nippelach, Tägermoosstr. 17 VI St.
- Odenburg. B.: M. Weibner, Odenburg-Coversten, Eichenstr. 2 K.; K.: R. Neumann, Ludwigstr. 3. Zahlung: Wochentags von 5 bis 6, Sonntags von 1 bis 2 Uhr.
- Seiffennersdorf. B. und K.: S. Rampfel, Nr. 470h.

### Literarisches.

- Flaton, Die Grundzüge des Schlichtungswesens. 40 Seiten, broschiert. Preis 0,80 Mt. (Teuerungszahl Anfang Januar: 350.) Verlag J. S. B. Dieb, Berlin, Lindenstr. 3.
- Die Hungersnot in der Ukraine. Broschierter Preis 0,50 Mt. (Teuerungszahl Anfang Januar: 350.) Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3.
- Ricpefol, Der gute Schriffführer und Berichtsersteller. Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung und im Vereinsleben schriftlich Tätigen. Preis 50 Pf. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600.) Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.
- Der Arbeitsvertrag, Abjluß, Inhalt und Auflösung von Arbeitsverträgen nach dem jetzt geltenden Recht. Anhang: Das Arbeitsnachweisgesetz. Von einem Richter. 40 Seiten. Preis 30 Pf. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600.) Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.
- Helmsberger, Auf Nählernem Roh. 20 Wanderfahrten in die Umgebung Magdeburgs. 20 Kartensätze. 1 Uebersichtskarte. 108 Seiten. Gebunden. Preis 1 Mt. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600.) Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.
- Rößlin, Edles Menschentum. Ein freireligiöses Lehrbüchlein. Preis 50 Pf. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600.) Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.
- Müller, Blühende Erde. Ein Spiel für frohe Menschen. (Aufzuführen im Freien und im Festsaal.) Preis 25 Pf. (Teuerungszahl Anfang Januar: 600.) Verlag Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.

### Richtig frankieren!

- Vom 15. Januar gelten folgende Portofätze: Postkarten im Ortsverkehr 10 Mt., im Fernverkehr 25 Mt.
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 20 Mt., über 20 bis 100 g 30 Mt., über 100 bis 250 g 50 Mt.
- Briefe im Fernverkehr bis 20 g 50 Mt., über 20 bis 100 g 70 Mt., über 100 bis 250 g 90 Mt., über 250 bis 500 g 100 Mt., über 500 bis 1 kg 100 Mt.
- Drucksachen bis 25 g 10 Mt., über 25 bis 50 g 20 Mt., über 50 bis 100 g 30 Mt., über 100 bis 250 g 50 Mt., über 250 bis 500 g 70 Mt., über 500 bis 1 kg 90 Mt.
- Geschäftspapiere bis 250 g 50 Mt., über 250 bis 500 g 70 Mt., über 500 bis 1 kg 90 Mt.
- Päckchen bis 1 kg 100 Mt.

neu eingeführte Poststücke bis 3 kg	Nahzone	Fernzone
über 3 bis 5 kg	200 Mt.	400 Mt.
5 " 6 "	300 "	600 "
6 " 7 "	350 "	700 "
7 " 8 "	400 "	800 "
8 " 9 "	450 "	900 "
9 " 10 "	500 "	1000 "
10 " 11 "	550 "	1100 "
11 " 12 "	600 "	1200 "
12 " 13 "	650 "	1300 "
13 " 14 "	700 "	1400 "
14 " 15 "	750 "	1500 "
15 " 16 "	800 "	1600 "
16 " 17 "	850 "	1700 "
17 " 18 "	900 "	1800 "
18 " 19 "	950 "	1900 "
19 " 20 "	1000 "	2000 "
20 " 21 "	1050 "	2100 "
21 " 22 "	1100 "	2200 "
22 " 23 "	1150 "	2300 "
23 " 24 "	1200 "	2400 "
24 " 25 "	1250 "	2500 "
25 " 26 "	1300 "	2600 "
26 " 27 "	1350 "	2700 "
27 " 28 "	1400 "	2800 "
28 " 29 "	1450 "	2900 "
29 " 30 "	1500 "	3000 "

- Zeitungspakete bis 5 kg Nahzone 150 Mt., Fernzone 300 Mt.
- Postanweisungen bis 1000 Mt., 30 Mt., über 1000 bis 5000 Mt. 40 Mt., über 5000 bis 10 000 Mt. 60 Mt., über 10 000 bis 20 000 Mt. 100 Mt., über 20 000 bis 30 000 Mt. 140 Mt., über 30 000 bis 40 000 Mt. 180 Mt., über 40 000 bis 50 000 Mt. 220 Mt.
- Einschreibgebühr 40 Mt.

Vorbereitung bei Vorauszahlung für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 60 Mt., nach dem Landbestellbezirk 175 Mt.; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk bis 10 kg 125 Mt., über 10 kg 175 Mt.; nach dem Landbestellbezirk bis 10 kg 250 Mt., über 10 kg 300 Mt.

- Zahlkarten bis 1000 Mt. 15 Mt., über 1000 bis 5000 Mt. 20 Mt., über 5000 bis 10 000 " 30 Mt., über 10 000 bis 20 000 Mt. 50 Mt., über 20 000 bis 30 000 Mt. 70 Mt., über 30 000 bis 40 000 Mt. 140 Mt., über 40 000 bis 50 000 Mt. 110 Mt., für jede weiteren 10 000 Mt. mehr 20 Mt.

Telegrammgebühren. Für Ferntelegramme: Grundgebühr 80 Mt. und außerdem für jedes Wort 40 Mt.;

für Ortstelegramme: Grundgebühr 40 Mt. und außerdem für jedes Wort 20 Mt.

Die Zahlstellenfunktionen werden um genaue Beachtung der neuen Täge ersucht, damit Strafporto bemieden wird.

## Der neue Reichs-Akkordlohnrat für Buchbinderarbeiten

ist durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen.

### Preis des Tarifes:

- für Mitglieder . . . 500,— Mark
- für Nichtmitglieder . 1000,— Mark
- Für Porto und Verpackung (ab 15. Januar) 80,— Mark extra.

Alle Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Schaden bewahren wollen, müssen im Besitze eines Reichs-Akkordlohnratfes sein.